

Wie hat sich die jüdische Gemeinde in Stuttgart entwickelt, wie steht sie heute da?

Interview mit Prof. Barbara Traub



Barbara Traub ist gebürtig aus Wien und lebt seit 1992 in Stuttgart. Sie studierte Literaturwissenschaften und Philosophie in Wien und absolvierte dann eine Fachhochschulausbildung in Sozialpädagogik, bildete sich weiter zur Psychologischen Psychotherapeutin, hauptberuflich arbeitet sie als Psycho-Onkologin im Diakonie-Klinikum Stuttgart.

Barbara Traub war von 2002 bis 2005 und ist wieder seit 2009 Vorstandssprecherin der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs (IRGW). 2013 wurde sie ins Präsidium des Zentralrats der Juden gewählt. Seit 2007 ist sie Lehrbeauftragte an der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg und wurde 2017 zur Honorarprofessorin ernannt.

Frau Prof. Traub, Sie sind seit vielen Jahren Vorstandssprecherin der IRGW. Ursprünglich stammen Sie aus Wien – wie kam es zu Ihrer Umsiedlung nach Stuttgart?

Ich bin geboren und aufgewachsen in Wien. Als mein seliger Mann einen Lehrauftrag in Haifa erhielt, sind wir einige Jahre zwischen Haifa und Wien gependelt. Dann hat er einen Ruf an die Universität Stuttgart erhalten, so dass wir hierher umgezogen sind.

Die jüdische Gemeinde in Stuttgart hat sich seit Anfang der 1990er-Jahre sehr stark verändert, wie sahen diese Veränderungen aus?

Als ich 1992 nach Stuttgart gekommen bin, bestand die Gemeinde nur aus rund 700 Gemeindegliedern. Es waren meist Überlebende der Shoah, viele von ihnen waren 1945 als »Displaced Persons« in Stuttgart gestrandet und sind dann hiergeblieben. Dies bedeutete aber, dass die Gemeinde stark überaltert war, denn junge Jüdinnen und Juden wanderten oftmals in große Gemeinden im In- und Ausland aus.

In den 1990er-Jahren wurden in Deutschland rund 200.000 Jüdinnen und Juden aus der ehemaligen Sowjetunion aufgenommen. Innerhalb von zehn Jahren wuchs deshalb die Zahl der Mitglieder der jüdischen Gemeinde in Württemberg auf 3500 an. Allerdings wurden die Zuwanderer nicht dort angesiedelt, wo es eine »Infrastruktur«, also eine jüdische Gemeinde gab, sondern entsprechend der Einwohnerzahl auf die Kommunen im ganzen Land verteilt. Aus diesem Grund mussten wir die jüdischen Familien in ganz Württemberg von Stuttgart aus betreuen. Wir fuhren in die Zuwanderungsheime, um sie dabei zu unterstützen, sich hier zurechtzufinden. Natürlich war unser Ziel auch, dass sie in der jüdischen Gemeinde eine neue Heimat finden würden, so fuhr beispielsweise der damalige Geschäftsführer Arno Fernsel.A. über das Land und verteilte Pessach-Pakete an die jüdischen Familien. Dadurch gelang es der Gemeinde, viele neue Mitglieder aufzunehmen, manchmal jedoch haben die weiteren Entfernungen dazu geführt, dass man viele Familien nicht so intensiv betreuen konnte und nicht alle einen richtigen Anschluss an die Gemeinde gefunden haben.

Vor allem der religiöse Bezug war bei vielen Emigranten überhaupt nicht gegeben. In der ehemaligen Sowjetunion

haben sich die Juden weniger durch ihre religiöse Zugehörigkeit, als durch ihre kulturelle und ihre »Volkszugehörigkeit« definiert, ihr Judentum war auch im Pass als »Nationalität« vermerkt. Allerdings waren Jüdinnen und Juden vielfältigen Diskriminierungen ausgesetzt, und ihnen waren viele Studienfächer verwehrt.

Was hat die starke Zuwanderung für die IRGW bedeutet?

In den Anfangsjahren standen wir tatsächlich vor der Herausforderung, dass unsere Gemeinde nicht auseinanderbricht. Da waren die »Alteingesessenen« in der Gemeinde, die nach 1945 nach Stuttgart gekommen waren, andererseits gab es die Gemeindemitglieder, die in einer interkonfessionellen Ehe gelebt haben und so überlebt haben. Die ehemaligen »Displaced Persons« haben sich daran erinnert, dass sie damals keine große Unterstützung bekommen hatten, als sie nach Stuttgart kamen.

Andererseits hatten viele Zugewanderte überzogene Erwartungen an die Gesellschaft der Bundesrepublik. Auch wenn die Sowjetunion eine Diktatur war, gab es dort den Anspruch auf einen Arbeitsplatz und eine Wohnung. Nun mussten die Zugewanderten in Deutschland erleben, dass

ihre Bildungsabschlüsse oftmals nicht anerkannt wurden oder dass sie von ihrer Qualifikation herabgestuft wurden. Ärzte mussten als Pfleger arbeiten oder nochmals viele Prüfungen nachholen, bei technischen Berufen wie Ingenieuren war es ähnlich. Das war natürlich für viele ein Schock. Hinzu kam, dass viele Zugewanderte große Schwierigkeiten hatten, eine bezahlbare Wohnung zu finden, insbesondere hier in Stuttgart. Viele glaubten, die jüdische Gemeinde könne das alles für sie regeln, die Erwartungen waren häufig sehr unrealistisch und wurden enttäuscht.

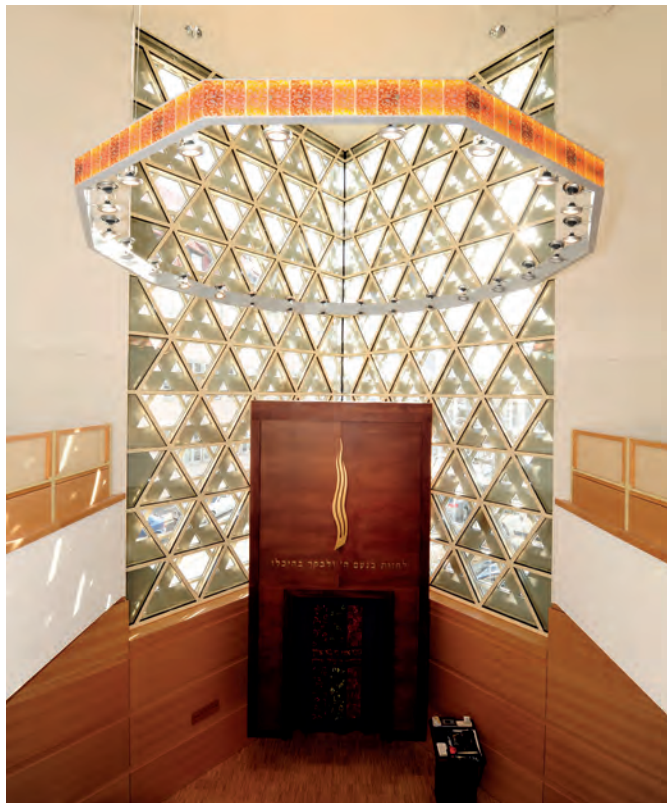
Zwar sahen wir als jüdische Gemeinde die Zuwanderung als Chance für eine Vergrößerung, eine Verjüngung und neue Impulse, aber wir waren überhaupt nicht vorbereitet auf den Zustrom, und es gab kaum Strukturen, um die neu Zugewanderten zu integrieren. In der Anfangszeit gab es durchaus Spannungen, etwa darüber, ob die Mitgliederversammlungen auf Deutsch oder auf Russisch abgehalten werden oder in welcher Sprache die Gemeindeviertelzeitschrift erscheinen sollte. Es gab auch Unterschiede im Geschichtsverständnis: Die Alteingesessenen in der Gemeinde verstanden sich als überlebende Opfer der Shoah.



Die Stuttgarter Synagoge mit der Bronzeskulptur »Brennender Dornbusch« von Roda Reilinger von 1988 auf dem 2018 neu eingeweihten Platz



Das Innere der Stuttgarter Synagoge beim Wochenfest »Schawuot« mit Gabe der Tora (am Berg Sinai)



Unweit der 1938 zerstörten alten Ulmer Synagoge wurde 2012 am Weinhof das IRGW-Gemeindezentrum mit Synagoge, Mikwe, Gemeindesaal, Bibliothek und Jugendzentrum errichtet.

Viele der Zugewanderten hatten im Zweiten Weltkrieg in der Roten Armee gekämpft und sahen sich als Teil einer Befreiungsarmee, die Deutschland vom Nationalsozialismus befreit hatte.

Ich selbst stamme aus einer sozialdemokratischen jüdischen Familie, etliche meiner Verwandten hatten schon Anfang der 1930er-Jahre gegen den Austrofaschismus gekämpft. Dies hat beispielsweise dazu beigetragen, dass meine Mutter die Shoah überlebt hatte. Ein Onkel von mir hat mit Bruno Kreisky gegen den Faschismus gekämpft und war gemeinsam mit ihm inhaftiert. In unserer Familie war unser Bewusstsein davon geprägt, dass ein Teil der Verwandten für Freiheit und Demokratie gekämpft hatte. Da gab es Anknüpfungspunkte zu den neuen Mitgliedern aus der Sowjetunion. Es waren also völlig unterschiedliche Erfahrungshorizonte in den Biografien von Zuwanderern und Alteingesessenen. Und es war für uns als Gemeinde in den ersten 15 Jahren eine große Herausforderung, diese so unterschiedlichen Identitäten zusammenzubringen.

Was bedeutete das für die Struktur der IRGW?

Um die Zugewanderten außerhalb von Stuttgart besser betreuen zu können, haben wir sogenannte »Zweigstellen« in Esslingen, Heilbronn, Reutlingen und Ulm gegründet und dort Versammlungs- und Beträume angemietet. Die Zweigstellen sind keine eigenen Gemeinden, sondern wurden und werden weiterhin von der Gemeinde in Stuttgart aus betreut. Ein besonderes positives Beispiel ist Ess-

lingen mit rund 300 Mitgliedern, was vor allem an Elena Braginska und ihrer Mutter liegt, die dort eine ganz hervorragende Arbeit machen. Dort wurde die ehemalige Synagoge, ein Fachwerkbau aus dem 15. Jahrhundert, wieder reaktiviert. Dieses Gebäude war zuvor als private Galerie genutzt worden, dann aber von der Stadt Esslingen wieder an die IRGW zurückgegeben. Seit 2012 wird es wieder als jüdisches Gemeindezentrum und Synagoge genutzt. Demgegenüber war in Ulm die Synagoge 1938 zerstört worden. 2012 haben wir eine neue Synagoge errichtet, nachdem unser Rabbiner dort bereits seit 2002 eine stabile Aufbauarbeit geleistet hatte.

Früher gab es das Amt des Landesrabbiners, es waren Landesrabbiner Dr. h.c. Joel Berger, dann sein Nachfolger Landesrabbiner Netanel Wurmser. Als Landesrabbiner Wurmser in den Ruhestand ging, haben wir neue Strukturen geschaffen, an seine Stelle sind drei gleichberechtigte Rabbiner getreten, es sind Rabbiner Yehuda Pushkin in Stuttgart, Rabbiner Shneur Trebnik in Ulm, der auch zuständig für Aalen, Heidenheim und Weingarten ist, und Rabbiner Marc Pavlovsky, zuständig für die Zweigstellen Esslingen, Reutlingen, Heilbronn, Schwäbisch Hall und Bad Mergentheim.

Baden hat übrigens eine ganz andere Struktur, dort gab es traditionell eine Reihe kleinerer Gemeinden mit einer Synagoge, heute sind es zehn, übrigens auch in kleineren Städten wie Lörrach oder Emmendingen.

Wie kam es, dass Sie sich im Vorstand der IRGW engagierten?

In meinen ersten Jahren in Stuttgart habe ich mich ehrenamtlich in der Integrationsarbeit engagiert, und eines Tages wurde ich dann gefragt, ob ich für die Repräsentanz der IRGW kandidieren würde. Später wurde ich dann als erste Frau in den Vorstand gewählt, was tatsächlich sehr ungewöhnlich war. Als Meinhard Tenné sel.A. 2002 als Vorstandssprecher nicht mehr angetreten ist, trat ich in seine Fußstapfen. Das stieß damals bei so manchen Mitgliedern auf Skepsis. Aber ich hatte vor allem Rückhalt bei den neuen Mitgliedern: unseren Zuwanderern. 2009, nach einer mehrjährigen Pause, wurde ich dann wieder als Vorstandssprecherin gewählt.

Dann waren Sie an den Verhandlungen über den Staatsvertrag von 2010 maßgeblich beteiligt?

Ja, ein ganz wichtiges Ereignis war 2010 der Staatsvertrag mit der Landesregierung – damals noch unter Ministerpräsident Günther H. Oettinger. Mein Vorgänger im Vorstand der IRGW, Martin Widerker, hatte mit den Verhandlungen begonnen. Es war das erste Mal in der Geschichte, dass ein Staatsvertrag zwischen den beiden jüdischen Gemeinden und dem Land Baden-Württemberg abgeschlossen wurde. Der Vertrag bedeutete einen großen Fortschritt zur Sicherung des jüdischen Lebens, insbesondere eine finanzielle Absicherung der Gemeinden. Die zugewanderten Jüdinnen und Juden waren ja keineswegs wohlhabend. Im Gegenteil, viele arbeiteten in schlecht bezahlten Jobs oder hatten noch gar keine Arbeit gefunden. Bis dahin erhielt die Gemeinde einen freiwilligen Zuschuss des Landes, der aber jederzeit wieder gekürzt werden konnte. Durch den Staatsvertrag haben wir erheblich mehr Planungssicherheit erhalten, dies galt auch für die jüdische Grundschule, für das jüdische religiöse und kulturelle Leben sowie die Kindertagesstätte. Derzeit haben wir 60 bis 65 Grundschüler und rund 75 Kinder in der Kita.

Wir bieten als Gemeinde darüber hinaus Religionsunterricht für die jüdischen Kinder an staatlichen Schulen an – übrigens für jeden Jahrgang, so dass man Abitur im Fach Jüdische Religion ablegen kann. Für die Kinder aus Stuttgart gibt es diesen Religionsunterricht hier im jüdischen Gemeindezentrum. Für die Schülerinnen und Schüler aus den Zweigstellen fährt der Religionslehrer zu ihnen an die Schulen. Für die beste Abiturnote im Fach Religion vergeben wir jährlich den Maimonides-Preis, benannt nach dem berühmten mittelalterlichen jüdischen Gelehrten Mosche Ben Maimon. Gemeinsam mit dem baden-württembergischen Landtag vergeben wir die Joseph-Ben-Isachar-Süsskind-Oppenheimer-Auszeichnung für ein besonderes Engagement für das Judentum in Wissenschaft und Publizistik, aber auch um die Person Joseph Süsskind Oppenheimer sel.A. zu rehabilitieren.

Worin sehen Sie heute die Aufgaben als jüdischen Gemeinde?

Die Altersstruktur in der Gemeinde hat sich mittlerweile stark gewandelt. In den 1990er-Jahren kamen immer ganze Familien, z.B. ein Ehepaar mit vier Großeltern und ein bis zwei Kindern, und so sieht die Altersstruktur unserer Gemeinde aus. Zunächst führte dies auch zu einer Verjüngung. Inzwischen haben wir eine sehr hohe Sterberate, aber vergleichsweise wenige Geburten. So nimmt die Zahl der Gemeindeglieder tendenziell ab. Inzwischen gibt es nur noch wenig Zuzug, mit Ausnahme der Geflüchteten aus der Ukraine.

Dabei ist es gar nicht selbstverständlich, dass die Zugezogenen auch Mitglieder der Gemeinde werden. Bundesweit sind etwa 60 % der eingewanderten Jüdinnen und Juden in Deutschland Mitglieder einer jüdischen Gemeinde geworden. Wir müssen deshalb attraktiv für die Menschen



Das ehemalige Zunfthaus der Schneider im Heppächer erwarb die jüdische Gemeinde im Jahr 1819 und baute es für ihre Zwecke um. In der Reichspogromnacht 1938 wurde die Synagoge geschändet. Später diente sie als HJ-Heim, Jugendhaus und Kunstgalerie, seit 2012 wird das Gebäude wieder als Synagoge genutzt.



Blick in eines der Klassenzimmer der jüdischen Grundschule, die 2023 zum 15-jährigen Bestehen (nach dem jüdischen Stuttgarter Bankier und Sozialreformer) in Eduard-Pfeiffer-Schule umbenannt wurde.

sein und auch einen gewissen Service bieten, gerade für junge Familien. Deshalb sind die jüdische Kita, die jüdische Grundschule oder der Religionsunterricht besonders wichtig. Dort feiern wir mit den Kindern die jüdischen Festtage während des gesamten Jahres. Die Feiertagsgestaltung nimmt einen wichtigen Raum ein, um sich um die jüdische Identität zu stärken, sich gegenseitig kennenzulernen und zu vernetzen. Dadurch, dass ich Präsidiumsmitglied im Zentralrat der Juden in Deutschland bin, kann ich viele Angebote und Anregungen des Zentralrats in unsere Gemeinde tragen. Für uns beginnt das Jahr im September mit dem Neujahrsfest Rosch HaSchna, es folgen der Jom Kippur (Versöhnungstag) und der Sukkot (Laubhüttenfest, zur Erinnerung an die 40-jährige Wüstenwanderung), im Dezember folgt Chanukka (Lichterfest), im Februar der Tu B'Shvat (Neujahrsfest der Bäume). Im März feiern wir das Purimfest, das fröhlichste aller Feste, bei dem sich Kinder verkleiden, dann im April das Pessach-Fest, im Mai folgt der Unabhängigkeitstag des Staates Israel, dann sieben Wochen nach Pessach das Schawuot-Fest und schließlich die Trauertage, an denen man sich an die Zerstörung des Tempels am 9. des Monats Aw erinnert.

Dies bedeutet für mich, man lebt immer in zwei Welten, denn natürlich spielen die christlichen Feiertage als staatliche Feiertage ebenfalls eine Rolle. Aber wir möch-

ten die jüdische Identität und das jüdische Selbstbewusstsein der jungen Leute fördern, indem wir bewusst den jüdischen Kalender leben.

Die IRGW zeichnet sich durch eine große Offenheit gegenüber der Stadtgesellschaft von Stuttgart aus. Was bedeutet Ihnen das?

Schon als ich in den Vorstand kam und dann zur Vorstandssprecherin gewählt wurde, war mir die Öffnung unserer Gemeinde ein besonderes Anliegen. Gewiss gab es dies auch schon unter dem früheren Vorstandssprecher Meinhard Tenné sel.A., der sehr gute Kontakte zur Stadt Stuttgart hatte. Unter ihm gab es den jüdischen Neujahrsempfang und den WIZO-Bazar, aber all dies war doch stark mit einzelnen Personen verbunden. Insgesamt wirkte die Gemeinde wenig nach außen und galt mehr als ein Rückzugsort. So war es z.B. auch unüblich, nicht-jüdische Gäste in die Synagoge mitzubringen. Ich tat dies aber ganz bewusst, etwa bei der Bar Mizwa meines Sohnes, das hat viele überrascht. Ich finde, wir können unser vielfältiges, jüdisches Leben in der Gemeinde zeigen und haben nichts zu verbergen.

Ich kannte jüdische Kulturtage schon aus der jüdischen Gemeinde Wien und habe sie dann in Stuttgart eingeführt. Es ist uns gelungen, Herrn Oberbürgermeister Prof. Dr. Wolfgang Schuster und den Gemeinderat für eine Förderung zu gewinnen. Diese Kulturwochen sind inzwischen zu einem integralen Bestandteil des Kulturlebens der Stadt geworden. Seit vielen Jahren liegt die Koordination in den Händen von Susanne Wetterich. Wir wollten zeigen: Was ist jüdisches Leben? Was sind die Alltagstraditionen, wo gibt es Gemeinsamkeiten, wo gibt es Unterschiede? Wir brauchen dazu kein eigenes Haus, sondern vor allem den Kontakt zu den Kulturinstitutionen. Die Kulturtage werden von der Stadt und vom Land Baden-Württemberg unterstützt. Mittlerweile ist es ein Netzwerk, dass sich ständig erweitert.

Als kontinuierliche Einrichtung in Stuttgart gibt es weiterhin seit 2007 das »forum jüdische bildung und kultur e.V.«, das in Stuttgart ganzjährig Veranstaltungen durchführt und mittlerweile ebenfalls einen festen Bestandteil hier im Stuttgarter Kulturleben darstellt. Inzwischen haben wir auch in Esslingen jüdische Kulturtage, veranstaltet durch unsere Zweigstelle und in Kooperation mit »Unterstützerkreis Jüdische Kultur Esslingen«. Die Initiative ging von Elena Braginska aus, die vor Ort sehr gut vernetzt ist. Auch in Heilbronn gibt es einen »Freundeskreis Synagoge Heilbronn«, der die Zweigstelle unterstützt und kulturelle Veranstaltungen durchführt.

Trotzdem ist all dies eher nur punktuell. Angesichts des wachsenden Antisemitismus haben wir gesagt, es muss möglich sein, außerhalb von Stuttgart jüdisches Leben und jüdische Kultur kennenzulernen. Nach dem Anschlag von Halle gab es sehr schnell finanzielle Unterstützung für Sicherheitsmaßnahmen in den Gemeindezentren durch das Land Baden-Württemberg. Meine Vorstandskollegen

und ich haben aber immer betont, man müsse auch in Bildung investieren, um langfristig gegen den Antisemitismus zu arbeiten. Wir sind an das Land herangetreten, um ein jüdisches Bildungswerk zu gründen. Ursprünglich sollte es ein Bildungswerk Baden-Württemberg sein, was sich aber wegen der unterschiedlichen Strukturen zwischen IRGW und IRG Baden nicht realisieren ließ. Deshalb kamen wir zu dem Ergebnis, dass wir zwei Jüdische Bildungswerke gründen müssen, eines in Baden und eines in Württemberg. Am 6. April wurde nun dieses Jüdische Bildungswerk mit Büro in Schwäbisch Gmünd gegründet, wo wir in der Pädagogischen Hochschule auch einen Partner haben, der als Multiplikator wirken kann.

Hier in Württemberg gibt es eine Vielzahl von Gedenkstätten, die sich das Andenken an die jüdische Geschichte in Württemberg zur Aufgabe gemacht haben. Sehen Sie darin auch eine Chance, etwas gegen den Antisemitismus zu tun?

Absolut, wir arbeiten sehr eng mit den Gedenkstätten und der Landeszentrale für politische Bildung zusammen. Wir halten das für eine ganze wichtige Arbeit, und ich bin sehr dankbar, dass so viele Bürgerinnen und Bürger des Landes sich ehrenamtlich engagieren, um die historischen Zeugnisse der jüdischen Geschichte in Württemberg zu erhalten.

Als ich aus Österreich kam, war für mich das hiesige »Landjudentum« etwas völlig Neues. In Österreich gab es vor allem das Judentum in der Großstadt Wien und in noch ein paar Gemeinden im Burgenland, das historisch aber zu Ungarn gehörte. Ungewöhnlich waren für mich hier in Württemberg die zahlreichen Dörfer mit einer langen jüdischen Vergangenheit. Bei der Pflege der Erinnerung daran spielt das Ehrenamt eine große Rolle. Dies zeigt etwa das Beispiel der Esslinger Synagoge mitten in der Altstadt. Engagierte Bürgerinnen und Bürger haben dazu beigetragen, dass die einstige Synagoge seine ursprüngliche Funktion wieder zurückerhalten konnte.

Welche Aufgaben sehen Sie angesichts der aktuellen Entwicklungen wie der Zunahme von Antisemitismus und der Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien? Wo sehen Sie Bündnispartner, wo gemeinsame Ziele?

Zunächst arbeiten wir sehr eng mit dem Land Baden-Württemberg, den Fraktionen im Landtag sowie der Landeshauptstadt Stuttgart, den Kirchen und Religionsgemeinschaften und den Kulturinstitutionen zusammen und erleben eine große Unterstützung.

Andererseits können wir nicht die Augen davor verschließen, dass der Antisemitismus ansteigt und sich viel krasser formuliert. Vor allem nehmen die Straftaten zu, und das darf man nicht verharmlosen. Der 7. Oktober hat dies nochmals massiv verstärkt: Der Antisemitismus äußert sich in besonderer Weise in Form von israelbezogenem Antisemitismus. Dieser Hass richtet sich aber auch gegen die jüdische Gemeinde und gegen die Zivilbevölkerung, wenn sie sich für jüdische Gemeinden engagiert.

Erschreckend ist der Antisemitismus an den Hochschulen in so genannten »Camps«, die es aber nicht nur in Berlin, sondern auch in Baden-Württemberg gab. Häufig wird dort nicht unterschieden zwischen den Anliegen des palästinensischen Volks und der Politik der Hamas, die eine Terror-Organisation ist. Wir erleben viel Unwissen, aber auch Nicht-Wissen-Wollen. Man hat viele Jahre – zu Recht – die Gefahr des Rechtsextremismus gesehen, aber zu wenig die Gefahr des Linksextremismus und vor allem des islamistischen Terrorismus. Er richtet sich nicht nur gegen die jüdische Bevölkerung, sondern ist ein Angriff auf die demokratische Gesellschaft.

Ich sehe es als wichtig an, dass wir als Demokraten zusammenrücken im gemeinsamen Kampf der Zivilgesellschaft für den Erhalt der Demokratie und der ethischen Werte. Wir müssen immer wieder betonen, dass wir das gleiche Ziel verfolgen.

Ich sage immer, wir als jüdische Gemeinden sind wie Seismographen: Wenn es der jüdischen Gemeinschaft schlecht geht, geht es auch der Zivilgesellschaft schlecht; oder umgekehrt: Wenn es der Demokratie schlecht geht, geht es auch den Jüdinnen und Juden schlecht.

An dieser Stelle möchte ich mit einem Zitat des weisen, jüdischen Gelehrten und Rabbiner Hillel schließen, das mich seit Langem begleitet:

»Wenn ich nicht für mich da bin, wer sonst soll für mich da sein?

Wenn ich nur für mich da bin, was bin ich?

Und wenn nicht jetzt, wann dann?«

Die Fragen stellte Nikolaus Back.



Das Freudenfest »Purim-Park«, auch jüdische Fastnacht, wird mit Verkleiden und fröhlichen Veranstaltungen gefeiert, hier am 16. März 2025 in Stuttgart.